

24. März 2005
Krone

Was Österreich nicht und nicht zusammenbringt Schweiz meldet Erfolg: LKW-Transit rückläufig Umlenkung auf Schiene

LKW-Transithölle ist kein unentrinnbares Schicksal! Und die Alpen eignen sich keineswegs als Ausrede!

Transit-Terror ist besiegt. Der Schweiz – ebenso ein klassisches Transitland wie Österreich – ist es gelungen, die Aufwärtskurve der Straßenbelastung (und ihrer Anrainer) einfach umzudrehen – und zwar noch vor Auslaufen des österreichischen Transitvertrages mit der EU, als der Umwegtransit am Brenner begann.

Die Schweizer zeigen, was zu tun ist: Verringerung des Güterverkehrs auf der Straße und die Verlagerung auf die Schiene!

Dazu bedarf es eines Bündels geeigneter Maßnahmen:

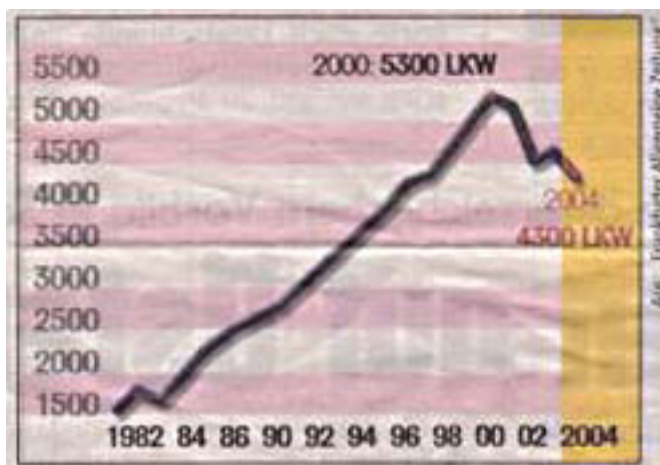
[*] Eine Straßenmaut, die auch wirklich „weh“ tut, und zwar auf allen Straßen. Dazu Nachtfahrverbote.

Die empfindliche Verteuerung des Güterverkehrs auf der Straße bewirkte wahre Wunder: Seit dem Jahr 2000 ist der Straßengüterverkehr um 20 Prozent gesunken. Und das, obwohl die Transportmenge auf den Straßen zunahm! Das heißt, dass die Frächter nun sorgfältiger kalkulieren und Leerfahrten auf dem Rückweg vermeiden.

[*] Attraktive Umsteigangebote durch die Bahn; speziell die „rollende Landstraße“. Der Schienentransit wurde erheblich beschleunigt: Leistungsfähige Tunnels sind schon in Betrieb und Super-Tunnels in Bau, wie der 34 Kilometer lange Lötschenberg-Basistunnel.

Die Schweiz ist schon jetzt europäischer Vorreiter im kombinierten Verkehr, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Zwei Drittel (!) = der Güter werden auf Schiene befördert.

In Österreich, das nie eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik gekannt hatte, ist der Brennerbasistunnel noch nicht einmal in Angriff genommen, weil man sich viel zu lange auf den Transitvertrag mit der EU verlassen hatte. Die Bundesbahn ist für den Kombiverkehr nicht leistungsfähig, und die LKW-Frächterlobby liegt ihrer ÖVP im Ohr.



Das Argument der Bundesregierung, wonach die EU keine höhere Maut zur Gegenfinanzierung der Schiene zulässt, riecht nach Ausrede für langjährige Versäumnisse. Wenn es sogar von Regierungsseite heißt: „Die EU ist schuld“, dann muss man sich fragen, weshalb wir überhaupt in der EU sind, deren vordringlichste Aufgabe die Bewahrung von Lebensraum und Lebensqualität sein müsse.

KS

